

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 24. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 16. Februar 2017

1. Abgeordnete

**Bettina Brück und
Astrid Schmitt (SPD)**

Woche der Realschulen plus

In der Woche vom 23. bis 27. Januar 2017 fand an Mainzer Schulen erstmals die „Woche der Realschulen plus“ statt, während der die Schulen ihre Schulprofile und ihr vielfältiges Angebot präsentiert haben. Die Aktion wurde vom Bildungsministerium, den Kammern, der Wissenschaft und der Wirtschaft sowie der Bundesagentur für Arbeit unterstützt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen wurden im Einzelnen durchgeführt?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Aktionswoche?
3. Ist geplant, das Konzept auf andere Orte auszuweiten?
4. Welche weiteren Maßnahmen zur Stärkung der Schulform Realschule plus plant die Landesregierung?

2. Abgeordnete

**Anke Beilstein und
Adolf Kessel (CDU)**

Duldungspraxis in Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie stellt sich nach Kenntnis der Landesregierung im Bundesvergleich die Zahl der Geduldeten in Rheinland-Pfalz in absoluten und relativen Zahlen dar?
2. Wie bewertet die Landesregierung den Vorschlag, Mobiltelefone der Asylsuchenden in die Identitätsfeststellung einzubeziehen und eine Mitwirkungsverpflichtung des Asylsuchenden bei der Identitätsfeststellung und Passbeschaffung einzuführen?
3. Wieso lehnt die Landesregierung bundesweite Rückführungszentren ab, die einen wichtigen Beitrag leisten können, Duldungsgründe zu reduzieren und Rückführungen erfolgreich durchzuführen?
4. Warum hat die Landesregierung bisher noch keine differenzierten Zahlen nach Duldungsgründen für Rheinland-Pfalz vorgelegt?

3. Abgeordneter
Jens Ahnemüller (AfD)

Brückenschlag bei St. Goar: Regionen verbinden!

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat sich die Landesregierung darum bemüht, dass die Lücke zwischen den rechtsrheinischen Bundesstraßen, der B 274 und der B 42, und der linksrheinischen A 61 in das Bundesfernstraßennetz und ihr Ausbau einschließlich Mittelrheinbrücke in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird?
2. Zweifelt die Landesregierung sowohl die überregionale Vernetzungsfunktion als auch die regionalplanerische Bedeutsamkeit der Mittelrheinbrücke an, sodass sie darum nicht als Landesstraße eingestuft werden muss?
3. Ist die Landesregierung bereit, einen langwierigen Rechtsstreit mit dem Rhein-Hunsrück-Kreis über mehrere Instanzen zu führen, falls der Rechnungshof tatsächlich die Einstufung als Kreisstraße befürwortet?
4. Wie ist der weitere Zeitplan der Landesregierung für die Planung und den Bau der Mittelrheinbrücke bis zu ihrer Fertigstellung?

4. Abgeordnete
Steven Wink und
Marco Weber (FDP)

Schienenpersonenfernverkehr

Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung am 10. Februar 2017 über ein Gesetz des Schienenpersonenfernverkehrs diskutiert. Der entsprechende Antrag geht auf eine Initiative des Landes Rheinland-Pfalz zurück.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welches Ziel verfolgt die Landesregierung mit ihrer Bundesratsinitiative „Gesetz zur Gestaltung des Schienenpersonenfernverkehrs“?
2. Welche Rolle nimmt aus Sicht der Landesregierung der Schienenpersonenfernverkehr in der Mobilitätskette des Personenverkehrs ein?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um Rheinland-Pfalz nachhaltig in das Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn zu integrieren?
4. Was unternimmt die Landesregierung, um den Wettbewerb im Bereich des Fernverkehrs auf der Schiene zu erhöhen?

5. Abgeordneter
Daniel Köbler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kontrolle des Mindestlohngesetzes und des Landestariftreuegesetzes

Der Mindestlohn ist mittlerweile seit mehr als zwei Jahren eingeführt. Zugleich existieren Hinweise, dass dieser noch umgangen wird. So erhält etwa einer neuen Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) zufolge die Hälfte der Minijobberinnen und Minijobber eine Bezahlung unterhalb des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohns.

Ergänzend zum bundesgesetzlichen Mindestlohngesetz hat Rheinland-Pfalz im Landestariftreuegesetz (LTTG) seit dem Jahre 2011 genauere Bestimmungen zu einem vergabespezifischen Mindestentgelt und zur Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge geregelt. Für seit dem Jahre 2011 eingeleitete Vergaben können bestimmte Sozialstandards für öffentliche Dienstleistungsaufträge durch die öffentlichen Auftraggeber sichergestellt werden. In diesem Zusammenhang gibt es noch immer für öffentliche Aufträge mit längeren Laufzeiten, deren Vergabe vor dem Inkrafttreten des Gesetzes eingeleitet worden ist, Medienberichte über äußerst problematische Arbeitsbedingungen insbesondere bei von Vorschriften des Personenbeförderungsgesetzes freigestellten Verkehren auf der Straße.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung im Hinblick auf Verstöße gegen die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zum Mindestlohn für die für Rheinland-Pfalz zuständigen Dienstbezirke der Hauptzollämter vor?
2. Über welche Kontrollstrukturen zur Einhaltung der Regelungen des LTTG verfügt Rheinland-Pfalz?
3. Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung zu Medienberichten über problematische Entgeltbedingungen im von Vorschriften des Personenbeförderungsgesetzes freigestellten Personenverkehr auf der Straße bei Vergaben vor, die vor dem Inkrafttreten des LTTG eingeleitet wurden?

6. Abgeordnete**Anke Beilstein und
Hans-Josef Bracht (CDU)****Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF)**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) leben aktuell in Rheinland-Pfalz?
2. Wie muss sich die Zahl der UMF aller Voraussicht nach in 2017 entwickeln, damit Rheinland-Pfalz seinen Anteil nach dem Königsteiner Schlüssel erreicht?
3. Wie hoch sind insgesamt die im vergangenen Jahr beim Land eingereichten Kosten für die Unterbringung und Versorgung von UMF in 2016?
4. Wie hoch ist der Betrag, der im vergangenen Jahr für die Unterbringung und Versorgung von UMF für das Jahr 2016 verausgabt und vom Land an die Kreise und kreisfreien Städte erstattet wurde?

7. Abgeordnete**Benedikt Oster und
Alexander Fuhr (SPD)****Reaktivierung der Bahnstrecke Homburg – Zweibrücken**

Der Ministerrat hat am 31. Januar 2017 die Rahmenbedingungen für die Beteiligung des Landes Rheinland-Pfalz an der Reaktivierung der Bahnstrecke Homburg – Zweibrücken und die Einbeziehung in den S-Bahn-Verkehr Rhein-Neckar beschlossen. Dabei übernimmt Rheinland-Pfalz nach dem Beschluss des Ministerrates neben dem eigenen Anteil die Hälfte der Baukosten sowie zeitlich begrenzt die Betriebskosten des Saarlandes. Über einen Zeitraum von 20 Jahren wird sich das Land somit voraussichtlich mit 34 Millionen Euro an dem Vorhaben beteiligen. Die nächsten planerischen Schritte hängen nun von der Entscheidung der saarländischen Landesregierung für die Reaktivierung des Streckenabschnitts ab.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie ist der Stand der Gespräche mit dem Saarland?
2. Wie sieht der zeitliche Rahmen für die weitere Planung aus?
3. Welches sind die nächsten Schritte im weiteren Planungsverfahren?

8. Abgeordneter**Martin Louis Schmidt
(AfD)****Angespannte Situation in der rheinland-pfälzischen Partnerregion Oppeln**

Demonstrationen und ein mehr als zweiwöchiger Hungerstreik begleiteten die umstrittene Erweiterung des Stadtgebietes Oppeln zum 1. Januar 2017 um mehrere umliegende Dörfer und Gemeinden. Diese Gebietserweiterung hat erhebliche Auswirkungen auf die deutsche Minderheit. Bereits am 2. Januar 2017 wurden die ersten zweisprachigen Ortstafeln abmontiert, am 26. Januar 2017 wurde in der ersten Sitzung des Stadtrates nach der Vergrößerung von Oppeln Marcin Gambiec, Ratsmitglied aus dem Wahlkomitee der deutschen Minderheit, abgewählt. Für Bernard Gaida, Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), ist diese Abwahl ein Indiz für die „negative Einstellung“ gegenüber der deutschen Minderheit. Im Januar 2017 sprach Gaida in einer Sitzung des Unterausschusses „Intergroup for Traditional Minorities, National Communities and Languages“ des Europäischen Parlaments über die aktuelle Situation der deutschen Minderheit in Polen. Zwischen Rheinland-Pfalz und der Woiwodschaft (Bezirk) Oppeln besteht seit vielen Jahren eine Regionalpartnerschaft.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Was ist über das Ergebnis der Sitzung im Unterausschuss des Europäischen Parlaments bekannt?
2. Welche konkreten Auswirkungen haben diese Ergebnisse nach Kenntnis der Landesregierung auf die deutsche Minderheit in der Woiwodschaft Oppeln?
3. Wird Rheinland-Pfalz dieses Thema auf EU-Ebene zur Sprache bringen, um die deutsche Minderheit zu unterstützen?
4. Warum gibt es bislang keine verbalen Verurteilungen von polnischen Entscheidungsträgern wegen deren Verhalten gegenüber der deutschen Minderheit, wenn auf der anderen Seite Ministerpräsidentin Malu Dreyer laut Allgemeiner Zeitung vom 9. November 2016 sagte, der Präsident der USA, Donald Trump, habe mit Äußerungen im Wahlkampf „erschüttert und verstört“?

9. Abgeordnete
Marco Weber und
Steven Wink (FDP)

Beratungen eines Schienenlärmschutzgesetzes im Bundesrat

Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung am Freitag, dem 10. Februar 2017, über den Entwurf eines Gesetzes zum Verbot lauter Güterwagen (Schienenlärmschutzgesetz) beraten. In Rheinland-Pfalz sind viele tausend Menschen von Schienenlärm betroffen. Vor allem im Rheintal ist die Lärmbelastung besonders hoch.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen hat Bahnlärm auf Menschen, die in unmittelbarer Umgebung von Bahntrassen leben?
2. Was unternimmt die Landesregierung, um den Lärm entlang von Bahntrassen zukünftig zu reduzieren?
3. Welche Lärmreduzierung kann durch die Umrüstung von Graugussbremsen auf neue Bremstechnologien erzielt werden?
4. Was unternimmt die Landesregierung, um Warenverkehr zukünftig vermehrt über die Schiene abzuwickeln und welche weiteren Maßnahmen werden ergriffen, das Straßennetz von Güterverkehr zu entlasten?

10. Abgeordneter
Andreas Hartenfels
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Projektstart Designnetz: Effiziente Energieversorgung von morgen

Rheinland-Pfalz hat in den letzten Jahren die erneuerbaren Energien sehr stark ausgebaut und nimmt einen Spitzenplatz unter den Bundesländern, wenn es um den Ausbau und die Produktion von erneuerbaren Energien geht, ein.

Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien steigen auch die Ansprüche an die Flexibilität und Leistungsfähigkeit der Verteilnetze und Speichertechnologien. Dabei soll der dezentrale Ansatz der Stromproduktion auch auf die Bereiche Regelung und Speicherung ausgeweitet werden. Den regionalen Verteilnetzen kommt dabei eine sehr wichtige Rolle zu.

Hier setzt das jetzt gestartete Projekt „Designnetz – Baukasten Energiewende“ an. Die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und das Saarland entwickeln zusammen mit vielen innovativen Unternehmen und dem Bund gemeinsam eine Blaupause für die Energiewende. Dabei soll gemeinsam nach dem Motto: „Erzeugung und Verbrauch rücken näher zusammen“ entwickelt und gearbeitet werden. Erzeugung, Speicherung und Verbrauch sollen verstärkt auf den Bedarf ausgerichtet und daran optimiert werden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Projekte und Unternehmen aus Rheinland-Pfalz nehmen am Designnetz teil?
2. Wie unterstützt die Landesregierung die beteiligten Unternehmen am Projekt Designnetz?
3. Welche Vorteile sieht die Landesregierung im dezentralen Ansatz des Projektes Designnetz?
4. Welche Vorteile ergeben sich für Rheinland-Pfalz aus dem Ansatz der dezentralen Energiewende?

11. Abgeordnete
Martin Brandl und
Alexander Licht (CDU)

Hahn-Verkaufsverfahren: China-Reise des Innenministers

Der Innenminister und der zuständige Staatssekretär waren in der 6. Kalenderwoche zu Gesprächen im Zusammenhang mit dem Hahn-Verkaufsverfahren in China. Der Innenminister hat auf einer Pressekonferenz am 13. Februar 2017 hierüber berichtet.

Hierzu fragen wir die Landesregierung:

1. Wurden im Zusammenhang mit den Gesprächen mit HNA und der Provinzregierung bereits konkrete Vereinbarungen getroffen/unterschrieben (bitte gegebenenfalls erläutern)?
2. Wurden diese Vereinbarungen mit der EU-Kommission abgestimmt (bitte gegebenenfalls erläutern)?
3. Aus welchen Gründen hat die Landesregierung bislang darauf verzichtet, sich einen Businessplan vorlegen zu lassen (bitte in der Antwort auch darauf eingehen, dass im ersten – gescheiterten – Verkaufsverfahren laut Ausschreibung die Vorlage eines Businessplans zwingende Voraussetzung war)?
4. Aus welchen Gründen ist die Gründung einer neuen Erwerbsgesellschaft nötig und wer soll mit welchen Anteilen hieran beteiligt sein?

12. Abgeordnete**Kathrin Anklam-Trapp
und Dr. Tanja Machalet
(SPD)****Arzneimitteltherapiesicherheit**

Auf einer Pressekonferenz am 2. Februar 2017 präsentierten die Projektbeteiligten, darunter das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, die Techniker Krankenkasse, die Landesapothekerkammer und die Universitätsmedizin Mainz, die Ergebnisse des Modellprojekts „Vernetzte Arzneimitteltherapiesicherheit (AMTS) mit dem elektronischen Medikationsplan in Rheinland-Pfalz“.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was war das Ziel des Modellprojekts „Vernetzte Arzneimitteltherapiesicherheit (AMTS) mit dem elektronischen Medikationsplan in Rheinland-Pfalz“ und wie verlief dessen praktische Umsetzung?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse des Projekts?
3. Inwiefern kann das Modellprojekt nach Ansicht der Landesregierung ein Wegweiser zur bundesweiten Umsetzung des E-Health-Gesetzes sein?

13. Abgeordnete**Adolf Kessel und
Matthias Lammert (CDU)****Rückführung nach Afghanistan**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele abgelehnte Asylsuchende aus Afghanistan leben in Rheinland-Pfalz?
2. Wie viele asylsuchende Afghanen sind 2015 und 2016 freiwillig von Rheinland-Pfalz in ihr Heimatland ausgewandert?
3. Wie erklärt die Landesregierung ihre Haltung, aufgrund der Sicherheitslage generell nicht nach Afghanistan abschieben zu wollen, straffällige Afghanen gleichwohl schon?
4. Teilt die Landesregierung die Haltung von elf Bundesländern, darunter auch Hessen und Baden-Württemberg, abgelehnte Asylsuchende aus Afghanistan nach Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebehindernisse abzuschicken?

14. Abgeordnete**Dr. Denis Alt und
Heiko Sippel (SPD)****Entwicklung rheinland-pfälzischer Exporte in die USA**

Der neue amerikanische Präsident Donald Trump hat in seinem Wahlkampf deutlich seine protektionistischen Vorstellungen zum Ausdruck gebracht und kündigte bereits in der ersten Woche nach seiner Amtseinführung unter anderem Schutzzölle von 35 Prozent für importierte Produkte an. Die USA sind der zweitwichtigste Exportmarkt für rheinland-pfälzische Unternehmen, die insbesondere pharmazeutische und chemische Produkte, Maschinen, Kunststoffe und Metallerzeugnisse in die USA ausführen. Laut einer Umfrage der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern rechnet fast jedes vierte Unternehmen im Land mit einem Rückgang seiner Amerika-Exporte. Gleichzeitig zeigt der am 2. Februar 2017 veröffentlichte Konjunkturbericht der IHKs, dass insgesamt die Exporterwartungen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft weiter ansteigen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die aktuellen Äußerungen des neuen US-amerikanischen Präsidenten hinsichtlich möglicher Auswirkungen auf die rheinland-pfälzische Wirtschaft?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Lage der rheinland-pfälzischen Unternehmen in Bezug auf ihre Exportstärke und Exportabhängigkeit?
3. Welche Strategie verfolgt die Landesregierung hinsichtlich der außenwirtschaftlichen Ausrichtung von Rheinland-Pfalz?

**15. Abgeordneter
Michael Wäschenbach
(CDU)**

Änderungen in der Geschäftsführung des MDK und aktuelle Strafanzeigen

Die Rhein-Zeitung berichtet am 1. Februar 2017, dass der neue stellvertretende Geschäftsführer offenbar befördert worden sei. Zudem wurde aktuell in der Presse über vier neue Strafanzeigen gegen den Verwaltungsratsvorsitzenden Herrn Martin Schneider berichtet.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Annahme einer möglichen Täuschung von potenziellen Bewerbern für echte Führungspositionen durch die offenbar erfolgte Beförderung, da doch lediglich die Einstellung eines zweiten stellvertretenden Geschäftsführers, der gleichberechtigt mit der bisherigen stellvertretenden Geschäftsführerin den MDK führen sollte, ausgeschrieben war?
2. Inwieweit war das Ministerium an der Änderung des Anstellungsvertrages beteiligt und welchen Standpunkt nimmt es als Rechtsaufsicht ein, nachdem die Ministerin sich öffentlich positiv zu einem zweiten, gleichberechtigten Geschäftsführer geäußert hat und es nun keine Aussage zu der Veränderung gibt?
3. Erfolgte ein formaler Beschluss des Verwaltungsrates und eine formelle Bestellung zum kommissarischen Geschäftsführer?
4. Sind die Presseberichte zutreffend, dass vier neue Strafanzeigen gegen den Verwaltungsratsvorsitzenden Herrn Martin Schneider vorliegen und teilt die Landesregierung diese?

**16. Abgeordnete
Christian Baldauf und
Gabriele Wieland (CDU)**

Landesgesetz über lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte

Seit der Verabschiedung des Gesetzes über lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte (LEAPG) am 22. Juli 2015 ist es in Rheinland-Pfalz – unter bestimmten Voraussetzungen – möglich, sogenannte lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte zu gründen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele LEAP-Projekte wurden in Rheinland-Pfalz seit der Verabschiedung des Gesetzes gegründet?
2. Durch welche Maßnahmen macht die Landesregierung auf die Möglichkeit der Gründung entsprechender Projekte aufmerksam?
3. Mit welchen – über Werbemaßnahmen hinausgehenden – konkreten Schritten hat die Landesregierung die Entwicklung geeigneter Projekte unterstützt und vorangetrieben?
4. Plant die Landesregierung weitere Maßnahmen, um die Entstehung neuer LEAP-Projekte zu fördern?